

Magdeburg, 21. Juli 2024

Alles, was Lust auf Politik macht, was verlockend und attraktiv ist, was Menschen für uns und unsere Ziele gewinnt, ist gut. Gut für uns und vor allem gut für unser Land.

*Damit unsere Politik als SPD bei den Menschen ankommt, brauchen wir engagierte Debatten miteinander in den Ortsvereinen, Kreisverbänden, Arbeitsgemeinschaften und Fachausschüssen, im Landesvorstand und Landesparteirat, auf dem Parteitag. Gerne jeden Tag ein bisschen besser, gerne mehr als bisher und immer mit der Bereitschaft, sich auch neuen Ideen und Methoden zu stellen. **Streit auf politischer Ebene kann und muss gerade in der SPD mit Anstand und Respekt füreinander geführt werden.***

*Neben all unseren inneren Debatten müssen wir Teil **einer breiten Öffentlichkeit sein**, aktiv und konstruktiv. Was wir regelmäßig dazu beitragen? Presseanfragen werden beantwortet, Artikel geschrieben, unsere Arbeit in der Koalition vermittelt. Aber die Rechnung ist einfach: 40 Sitze der CDU stechen unsere 9. In der veränderten Medienlandschaft Sachsen-Anhalts ist es schwierig, Inhalte über Polemik zu stellen. Es ist daher umso wichtiger, lösungsorientiert unsere eigenen Erfolge und Ideen zu transportieren. Mit trotziger Kritik an anderen holen wir niemanden hinter dem Ofen hervor!*

Inhaltliche Debatten

Für unsere inhaltlichen Diskussionen haben wir auf Landesebene sowohl die **Arbeitsgemeinschaften** als auch die **Landesfachausschüsse**. Diese tagen regelmäßig und auch hybrid. Hier gibt es hinsichtlich der Zahl der Teilnehmenden Luft nach oben. Über Themen, die größere Reichweite außerhalb unserer Parteigrenzen erzielen, entscheiden wir gemeinsam. Was verbessert oder verändert werden kann, haben wir letztmalig auf der **Klausur des Landesvorstandes** im vergangenen Spätsommer diskutiert. Einige Unterzeichnende des offenen Briefes waren Teilnehmende dieser Klausur. Auch im **Landesvorstand** werden inhaltliche Debatten geführt. Unterzeichnende des offenen Briefes sind selbst Mitglieder im Landesvorstand oder nehmen als ständige Gäste an dessen Sitzungen teil. Es steht jeder und jedem frei, Themen auf die Tagesordnung zu setzen. Auch das haben wir regelmäßig besprochen. Insofern stehen wir hier nicht an einer Startlinie, sondern sind mittendrin. Der Prozess läuft. Vielleicht für manche zu langsam.

Wahlverfahren für den Landesvorsitz

Für die Wahl des Landesvorsitzes haben wir ein **geordnetes Verfahren**, in dem alle Mitglieder die Möglichkeit haben, die Kandidierenden näher kennenzulernen und zu befragen. Dazu gehört, dass sich bei mehr als einem Kandidaten oder einer Kandidatin nach Ablauf der Nominierungsfrist die Kandidierenden auf **Regionalkonferenzen** vorstellen. Danach gibt es ein Mitgliedervotum und schließlich die Wahl auf dem Parteitag. Damit ist eine größtmögliche Beteiligung der Mitglieder gewährleistet. Stichtag für die Kandidaturen für den Landesvorsitz war der 1. Mai 2024 – unsere Bewerbung lag hier fristgemäß vor. Nach unserer Satzung ist darüber hinaus eine **Kandidatur auf dem Parteitag** möglich. Die gute Idee einer breiten und langfristigen Mitgliederbeteiligung ist damit allerdings passé.

Erneuerung der SPD Sachsen-Anhalt

Die Verfasser des offenen Briefes monieren, dass der Landesverband dringend einer **Erneuerung** bedarf. Dieser Prozess läuft, schon seit Längerem. Wir haben neue **Beteiligungsformate** ermöglicht, wir haben **Debattenformate** aufgesetzt. Je nach Kraft und Möglichkeiten klappt das mal mehr und mal weniger gut. Wir brauchen keine permanenten **Aufrufe zu Neuanfängen**. Vielmehr darf dieses "wir müssten oder müssen mal" gern in ein "wir machen das jetzt mal so wie verabredet" münden. Auf der **Klausur des Landesvorstandes** sind im vergangenen Jahr viele gute Ergebnisse entstanden. Wir haben alle miteinander **Impulse gesetzt und bekommen**. Wir sind alle miteinander verantwortlich dafür, was davon umgesetzt wird oder nicht. Es ist zu überlegen, ob die **vernetzte Kommunikation** zwischen dem Landesvorstand und den Gliederungen, im Speziellen mit den Kreisvorsitzenden und Ortsvereinsvorsitzenden, verbessert werden kann. Hier schlagen wir einen wöchentlichen **jour-fixe-Termin** vor. Dabei wird fortan zur Lage und zu dringenden Angelegenheiten in einem Webex-Format gesprochen. Die Regelmäßigkeit ohne feste Tagesordnung ermöglicht schnelle Lösungen. In anderen Gremien funktioniert das bereits sehr gut! Wir arbeiten weiterhin an **Lösungen**, wie wir **Informationen, Einladungen und Prozesse besser in die Mitgliedschaft transportieren**. Das Delta zwischen „Ich bekomme nichts mit“ und „Lasst mich mal mit Euren nahezu täglichen E-Mails in Ruhe“ ist jedoch sehr groß.

Rückblick auf die Kommunalwahlen

Wir haben bei den vergangenen Kommunalwahlen herbe **Niederlagen** einstecken müssen. Wir wissen, dass es manchen Ortsvereinen zahlenmäßig nicht gut geht und der Altersdurchschnitt oft zu hoch ist. Trotzdem können wir mit Fug und Recht sagen, dass wir überall im Land **entschlossen Wahlkampf** geführt haben. Unser Ergebnis wäre ohne dieses Engagement schlechter ausgefallen. Dort, wo die Genossinnen und Genossen **aktiv** sind und konstruktiv zusammenarbeiten, sowohl in den Ortsvereinen als auch in den Kommunalparlamenten, haben wir **respektable Erfolge** erzielt. Wir hatten Regionen, in denen wir in diesem Jahr mit mehr Kandidierenden angetreten sind als 2019. Und wir haben einige Neueintritte. Dem gegenüber steht die Feststellung, dass wir dort verloren haben, wo wir **strukturelle Probleme** bisher nicht lösen konnten. Diese Niederlage haben wir nicht allein erlitten; die SPD hat bundesweit verloren, und die Ost-SPD musste in allen Bundesländern vergleichbar schlechte Ergebnisse hinnehmen. Wir haben bundesweit **strukturelle Probleme** in der SPD. Als Kanzlerpartei haben wir inhaltliche Erfolge vorzuweisen, aber die internationale Krisensituation führt europaweit zu Verunsicherung und Zukunftsängsten.

Bedrohung durch Rechtsextremismus

Wir erleben, dass viele Menschen in unserem Land eine **rechtsextreme Partei** wählen- nicht obwohl, sondern weil sie rechtsextrem ist. Wir erleben, dass die CDU im Land in vielen Kommunalvertretungen bewusst die **Brandmauer nach Rechtsaußen** eingerissen hat, obwohl es vor Ort Alternativen gibt. Das wissen wir und das beschäftigt uns jeden Tag. Es gibt keine normale Tagesordnung mehr. **Demokratie**

als **Lebensform** muss sich bewähren. Und obwohl wir das wissen und obwohl wir deutlich machen, dass **Feinde der Demokratie, Menschenverächter** und **Hetzer** nie wieder in diesem Land das Sagen haben dürfen, haben wir trotzdem noch keine schlüsselfertigen Antworten. Und ehrlich, das können aus unserer Sicht nur Antworten sein, die die **Menschenwürde** nicht zur Disposition stellen, sondern **solidarisch** und **gerecht** sind. Was wollen wir den Menschen dieses Landes an **politischen Überzeugungen, Plänen** und **Vorhaben** anbieten? Die SPD hat in der Vergangenheit viele wichtige Themen und Lösungen vorgelegt. Wir wissen, dass wir uns ständig weiterentwickeln müssen. Wir müssen zeigen, dass unsere Politik weit über materielle Zusagen hinausgeht und sich auf die **langfristige Verbesserung der Lebensqualität** konzentriert. Deshalb führen wir die breite Debatte weiter und beschreiben unseren Plan für die Zukunft Sachsen-Anhalts.

Migration und Asyl

Das **Grundrecht auf Asyl** ist zu Recht Teil unserer deutschen Geschichte und darf nicht dem Zeitgeist geopfert werden. Wir wissen, dass dies ein hoch emotionales Thema ist. Und deshalb eignet es sich auch nicht für eine Debatte über „verdiente oder unverdiente Solidarität“. Wir halten fest, dass **Migration** und **Asyl** zwei Themen sind, die zwar eng miteinander verbunden, aber dennoch unterschiedlich sind. Wir stellen fest, dass **Migration, Flucht und Vertreibung** zu einem Dauerthema in unserer Welt geworden sind. Die Herausforderung besteht darin, eine **Migrationspolitik** zu gestalten, die Menschen die Chance gibt, hier eine langfristige neue Heimat zu finden, ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten und Teil unserer pluralen Gesellschaft zu werden. Und daneben eine **Asylpolitik** zu gestalten, die Menschen für eine notwendige Zeit ein menschenwürdiges Leben in unserem Land ermöglicht, bevor sie vielleicht wieder in ihre Heimat zurückkehren und dort ein Leben in Frieden führen können.

Gute und faire Bezahlung

Wofür stehen wir, was wollen wir? Wir stehen für ein **Hochlohnland Sachsen-Anhalt!** Wir wollen gut bezahlte Industriearbeitsplätze im gesamten Bundesland erhalten und auch neue schaffen. Wir bekämpfen **Niedriglöhne** und schließen die **Lohnlücke zum Westen**. Dass dieses Vorhaben mit unseren Koalitionspartnern eine Herausforderung ist, erleben wir täglich. Die **Oppositionsparteien** erschweren diesen Weg zusätzlich. Ja, **politische Wettbewerber** sind laut. Aber sind sie deshalb besser für unser Land?

Erneuerbare Energien und Industrie 2.0

Wir stehen für ein Land, das seinen **Vorsprung bei der Umstellung auf erneuerbare Energien** verteidigt und die daraus entstehenden **Standortvorteile** nutzt. Arbeitsplätze, die durch das **Ende der Kohleförderung und-verstromung** verloren gehen, werden durch neue **Industrien** ersetzt, nicht nur im Tourismus. Neue Ansiedlungen gehen dorthin, wo es **grünen Strom** gibt, weil sie es aus Gründen der **Nachhaltigkeit** müssen. Daran arbeiten wir mit **Verantwortung für die Zukunft**.

Gemeinschaft

Wir wollen ein Land, in dem alle gut leben und arbeiten – Alte, Junge, Familien, Singles, Menschen unterschiedlicher Religionen, Menschen mit Behinderungen, Menschen mit Migrationshintergrund und Einheimische. **Wir sind eine Gemeinschaft! Sozialpolitik** bedeutet **Zusammenhalt**, nicht nur Fürsorge für die Schwachen. Dazu gehört der **Ausbau der frühkindlichen Bildung** und das **Ernstnehmen der Rechte und Ansprüche von Menschen mit Behinderungen**. Wir wollen in der **Bildung vorankommen** – in Struktur, Ausstattung und Ergebnissen. Wir zollen den **Älteren Respekt für ihre Lebensleistung** und sorgen für ihre Pflege. Wir stellen die **ehrenamtlich Tätigen**, die unser Land lebenswert machen, in den Vordergrund.

Es bleibt dabei. Alles wird verhandelt, im offenen Gespräch, auch im ehrlichen und fairen Streit und dann in gemeinsamen Verabredungen, Entscheidungen, Beschlüssen festgehalten. Es gab und gibt keine Denk- und Diskussionsverbote.